



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2024/00572**
Datum: 21.11.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	21.11.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.11.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage
Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr
2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr
2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 VIII/2024/00245

Beschlussvorschlag:

Zusätzliche Ausgaben (160.000 EUR):

Im Produkt 25_4_500 „Soziales“, wird der Ansatz im Sachkonto
„Personalaufwendungen“ für das Haushaltsjahr 2025 um 160.000 Euro angehoben.

Begründung:

Die 160.000 Euro sollen einen Sicherheitsdienst in einer Stärke von zwei Personen für die Bestreifung der Kita „Kinderinsel“ für die Dauer der Betreuungszeiten finanzieren. Der Betrag bewegt sich im Rahmen dessen, was die Verwaltung auf Anfrage dafür veranschlagt hat. Es ist zu erwarten, dass die aktuell verstärkte Präsenz der Landespolizei in dem Bereich aus Kapazitätsgründen abnehmen wird sobald die Wahl zum Oberbürgermeister und zum Bundestag vorbei sind. Die HWG hat bereits einen Sicherheitsdienst für die anliegenden Mieter beauftragt, es scheint also durchaus als sinnhafte Idee betrachtet zu werden. Der Sicherheitsdienst der HWG ist explizit für die angrenzenden Mietswohnungen zuständig, kann aber schlecht konkret vor Ort Eltern und Erzieher auf dem Weg zur Kita (etwa beginnend an der Unterführung am Riebeckplatz) vor Zugriffen durch die Kriminellen schützen da er als Streife tätig ist. Der hier beantragte Sicherheitsdienst soll konkret im unmittelbaren Umfeld der Kita Schutz bieten, bei Bedarf auch einmal an Brennpunkten auf dem Weg dorthin unterstützend wirken.

Die Kita „Kinderinsel“ befindet sich inmitten eines Drogenhotspots der Stadt. Die Polizei hat dort vereinzelt symbolisch durchgegriffen, kann die Sicherheit aber aufgrund politisch gewollter Reduzierung der Polizeistellen nicht dauerhaft an dieser Stelle aufrechterhalten. Die Stadt hat das Problem jahrelang totgeschwiegen. Nun aber sind die Erzieher der Kita „Kinderinsel“ und die Eltern der dort betreuten Kinder betroffen, die regelmäßig auf dem Weg zur oder von der Kita von den kriminellen Drogendealern bedroht oder eingeschüchtert werden. Die Stadt hat vor Jahren Teile des Maritim Hotels, in dessen Schatten die Kriminalität stattfindet, angemietet um die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schnell unterbringen zu können. Zuvor hatte das Land Sachsen-Anhalt 2015 bis 2018 eine Anmietung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise von 2015 vorgenommen. Zwischendrin und seitdem steht das Hotel leer. Seitdem sind aber alle Versuche gescheitert das Grundstück zu entwickeln, sicherlich auch aufgrund der investorenfeindlichen Politik der Stadtverwaltung und von Teilen des Stadtrates. So kann sich die Kriminalität dort weiter weitgehend ungestört betätigen. Da die Stadt für die Umstände dort einen hohen Grad an Verantwortung trägt erscheint es allemal angebracht, dass die Stadt auch einen Sicherheitsdienst finanziert, der zwar nicht die Kriminalität bekämpfen, aber die Bürger vor den Auswüchsen schützen kann, solange die Polizei nicht in der Lage ist dort endgültig die Kriminalität zu beenden und die Stadt keine Politik gegenüber Investoren fährt, die eine Veräußerung und Belegung des ehemaligen Maritim Hotels ermöglichen würde.